

Obwohl Zhu Rongji keinen sofortigen WTO-Beitritt Chinas hatte ertragen können, zog Außenminister Tang Jiaxuan, der den Ministerpräsidenten begleitete, am Ende der Reise ein positives Resultat. Vier Ergebnisse habe der Besuch gebracht, nämlich (1) eine Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen im Hinblick auf die Errichtung einer „konstruktiven strategischen Partnerschaft“ (*jianshexing zhanlüe huoban guanxi*), (2) Stärkung der Freundschaft zwischen beiden Völkern, (3) Fortschritte im Hinblick auf den Beitritt Chinas zur WTO und (4) Impulse für die Zusammenarbeit auf weiteren Gebieten zwischen beiden Ländern (XNA, 16.4.99).

Mit dem Terminus „Freundschaft zwischen den beiden Völkern“ verwies Tang auf die vielfältigen Kontakte, die Zhu während seines achttägigen Besuchs aufgenommen hatte, angefangen vom Besuch des MIT (Massachusetts Institute of Technology) über eine Visite beim Nasdaq Stockmarket (Nasdaq-Börse) bis hin zur Marell Bar Farm in der Nähe von Chicago.

Während Zhus Besuch war auch ein Abkommen über Zusammenarbeit auf landwirtschaftlichem Gebiet unterzeichnet worden (XNA, 11.4.99).  
-we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 6 Hochkarätiger Schmuggelring zerschlagen: Gerichtsurteile gegen Parteifunktionäre, Zollbeamte und Militäroffiziere

Als Ergebnis der seit Sommer 1998 laufenden Kampagne gegen den organisierten Schmuggel ist in der südchinesischen Provinz Guangdong ein weitverzweigtes und hochrangig verbundenes Schmuggelnetz zerschlagen worden. Die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua bezeichnete den Fall als größten aufgedeckten Schmuggel-skandal in der Geschichte der VR China. (*Hong Kong Standard*, 15.4.99; SCMP, 13.5.99)

Bekannt wurden bislang Urteile gegen vier Geschäftsleute aus der SVR

Hongkong sowie 21 Funktionäre bzw. Offiziere aus Regierungsstellen, Zollbehörden sowie Grenzschutzeinheiten. Die vier Hongkonger sowie zwei leitende Zollbeamte aus Zhanjiang wurden zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung acht weiterer Todesurteile wurde vorerst ausgesetzt. Darüber hinaus wurden teils lebenslängliche Freiheitsstrafen verhängt.

Den Hongkonger Initiatoren der Schmuggelaktivitäten wurde zur Last gelegt, nicht nur die Leiter der Zollbehörden in Zhanjiang und Offiziere in der örtlich zuständigen Grenzschutzinheit, sondern auch den Stadtparteisekretär Chen Tongqing sowie einen stellvertretenden Bürgermeister durch großzügige Geldzahlungen zur passiven Duldung bzw. aktiven Protektion des Schmuggels von Kraftfahrzeugen, Stahlprodukten, Dieselöl sowie Rohzucker veranlaßt zu haben.

Nach noch unbestätigten Hinweisen in der Hongkonger Presse sollen mehr als einhundert Regierungsfunktionäre, Zollbeamte und Marine-Offiziere des Schmuggels und der Bestechlichkeit im Zusammenhang mit der Zhanjiang-Affäre verdächtigt werden. Es soll sich um einen nationalen Schmuggelring handeln, an dessen Spitze der ehemalige - unter anderem für Schmuggelbekämpfung zuständige - Stellvertretende Minister für Öffentliche Sicherheit, Li Jizhou, vermutet wird, der erst kürzlich seines Postens enthoben worden war.

Gegen den hochkarätigen Schmuggelring wurde erst nach direkten Interventionen von Staats- und Parteichef Jiang Zemin sowie von Ministerpräsident Zhu Rongji ermittelt. Die Ermittlungen wurden von Arbeitsgruppen der Zentralen Disziplin-Kontrollkommission der Kommunistischen Partei geleitet. Der Skandal erlaubt einen seltenen Einblick in die Abgründe und das Ausmaß der illegalen Wirtschaft und der politischen Korruption in der VR China. -hei-

### 7 Gesetzesvorlage der Regierung verfehlt Mehrheit im Ständigen Ausschuß des NVK

Die überarbeitete Vorlage zum Straßengesetz (*gonglufa*) der VR China, die die Regierung Ende April dem

Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) zur offiziellen Abstimmung unterbreitete, hat die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen in diesem Gremium verfehlt. (XNA, 29.4.99)

Der Ständige Ausschuß hat insgesamt 154 Mitglieder. Nur 77 der 125 anwesenden Delegierten stimmten für das Gesetz. Zwar gab es nur sechs offene Gegenstimmen. Da sich aber 42 Delegierte der Stimme enthielten und 29 der Abstimmung fernblieben bzw. nicht teilnehmen konnten, fehlte letztlich eine Stimme zur Annahme der Vorlage.

Der Entwurf der Regierung zum Straßengesetz war bereits sehr umstritten, als der Ständige Ausschuß sich Anfang November des letzten Jahres ausführlich damit befaßte. Der Entwurf wurde damals zur Überarbeitung an die zuständigen Regierungsstellen zurückgeschickt, da sich breite Kritik unter den Delegierten regte. Das von der Regierung vorgelegte Dokument sah eine Abschaffung der vielgestaltigen Straßen- und Kraftwagengebühren vor, die von lokalen Verwaltungen in China erhoben werden. Statt dessen wollte die Regierung eine neue Treibstoffsteuer erheben. Die Delegierten kritisierten diesen Vorschlag jedoch als Benachteiligung der lokalen Verwaltungen und als unzumutbare Mehrbelastung für ländliche Haushalte, die auf günstige Treibstoffe angewiesen seien. (C.a. 1998/11, S.1206)

Die Zurückweisung des Straßengesetzes ist politisch bemerkenswert. Denn in den letzten zehn Jahren war nur eine einzige Gesetzesvorlage der Regierung (sie betraf eine Neuordnung der städtischen Nachbarschaftskomitees) bei der Abstimmung im Ständigen Ausschuß des NVK durchgefallen. Das Straßengesetz muß nun nochmals überarbeitet und in einer späteren Sitzung erneut vorgelegt werden. -hei-

### 8 Rechtsanwälte sollen Beitrag zur sozialen Stabilität leisten

Ende April hat in Beijing der 4. Nationalkongreß des Chinesischen Anwaltsverbandes stattgefunden. Die Tagung stand im Zeichen des raschen Aufstieges dieser Profession im Wirtschaftsleben. Zugleich aber wurden auch die Schwierigkeiten angesprochen, die



sich in der Entwicklung und Regulierung der Anwaltstätigkeit manifestieren. (XNA, 26., 28.4.99; SCMP, 27.4.99)

Politbüromitglied Luo Gan, dem als Sekretär der ZK-Kommission für Politik und Recht die Aufsicht über das Justizsystem obliegt, machte in einer Rede deutlich, daß er von Chinas Anwälten einen aktiven Beitrag zur Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität erwarte. Insbesondere bei Konflikten, die im Zusammenhang mit der angespannten Beschäftigungslage im Staatssektor, mit der Verlängerung von Pachtverträgen für ländlichen Boden sowie mit Unregelmäßigkeiten im Finanzsystem stünden, könnten Anwälte zu einer Beilegung von Streitigkeiten und zum gesellschaftlichen Frieden beitragen. Die gesellschaftliche Verantwortung der Anwälte dürfe nicht durch bloßes Streben nach Reichtum oder gar Korruption untergraben werden.

Der Präsident des Anwaltsverbandes hob in einer Rede hervor, daß die Ausübung des Anwaltsberufs in China mit beträchtlichen Risiken verbunden sei. Verletzungen der Rechte von Anwälten kämen insbesondere im Laufe von Strafprozessen vor. Anwälte würden unter Druck gesetzt und bei ihrer Arbeit behindert.

Vertreter des Justizministeriums und des Anwaltsverbandes bemängelten die unausgeglichene Qualität der Ausbildung und der Tätigkeit der mehr als 100.000 Anwälte und rund 9.000 Sozietäten in China. Der Anwaltsverband müsse einen strengen Verhaltenskodex durchsetzen, um für Disziplin in der noch jungen Profession zu sorgen. „Schwarze Schafe“ in den Reihen der Anwälte müßten ausgesondert werden, um zu verhindern, daß die Reputation des Anwaltsberufs insgesamt beschädigt werde.

Die Vereinigung der Shanghaier Anwälte eröffnete Anfang April eine Website, auf der sich aktuelle Informationen und Fallhinweise zum Rechtsgeschehen in China und in Shanghai abrufen lassen. ([www.lawyers.com.cn](http://www.lawyers.com.cn)) -hei-

## 9 Mörder des Spitzenfunktionärs Zou Jingmeng zum Tode verurteilt

Die drei Männer, die im Februar das langjährige ZK-Mitglied Zou Jingmeng vor einem Beijinger Hotel mit mehreren Messerstichen töteten (siehe C.a. 1999/2, S.114), sind gefaßt und in einem Schnellverfahren verurteilt worden.

Ein 46jähriger und ein 18jähriger Täter wurden zum Tode, ihr 21jähriger Komplize zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Tat wurde im Gerichtsurteil als mißglückter Raubüberfall dargestellt. (XNA, 2.4.99) Da das Opfer aber gar nicht ausgeraubt worden war, hatte es auch Spekulationen über einen möglichen Zusammenhang mit der organisierten Wirtschaftskriminalität gegeben. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 10 Bestimmungen über Förderung der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse

Ergänzend zum „Gesetz über wissenschaftlich-technischen Fortschritt“ von 1993 und zum „Gesetz über die Förderung der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse“ von 1996 haben das Ministerium für Wissenschaft und Technologie, das Bildungsministerium und einige andere Regierungsorgane im April 1999 „Bestimmungen über die Förderung der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse“ erlassen. Die schnelle Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse ist ein zentrales Anliegen der chinesischen Wissenschaftspolitik, denn sie ist Voraussetzung für die Modernisierung der Wirtschaft. Allerdings haben bisher die einschlägigen Gesetze und Erlasse nicht den gewünschten Erfolg gebracht, denn nach wie vor werden wissenschaftliche Ergebnisse nur äußerst langsam in die Praxis umgesetzt.

Die neuen Bestimmungen (veröff. in RMRB, 21.4.99) dienen in erster Linie dazu, Forschungsinstitute, Universitäten und Hochschulen sowie wissenschaftlich-technisches Personal zu ermuntern, die Forschung in neuen Technologien und in hochtechnologischer Entwicklung voranzutreiben und die Umsetzung in die Praxis selbst in die Hand zu nehmen. Dies war auch schon in dem Gesetz von 1996 vorgesehen (vgl. dazu C.a., 1996/5, Ü 15), doch jetzt wurden die Anreize für Forschungsinstitute und Forscher zur selbständigen Umsetzung erhöht. Auch war das Gesetz zu allgemein gefaßt, während die neuen Bestimmungen detaillierter sind.

Forschungsinstitute und wissenschaftlich-technisches Personal können Aktionäre in High-Tech-Unternehmen werden, indem sie ihre Forschungsergebnisse als Kapital einbringen. Nach der neuen Regelung können sie ihre High-Tech-Ergebnisse mit einem Wert von bis zu 35% des Investitions- oder Aktienkapitals eines Unternehmens einsetzen (vorher waren es nur 20% - vgl. XNA, 20.4.99). Von den Nettoerträgen aus der Weiterverwertung müssen sie mindestens 20% erhalten, und über drei bis fünf Jahre müssen sie mindestens 5% des durch die Kommerzialisierung erzielten Gewinns bekommen. Den maßgeblich beteiligten Forschern stehen mindestens 50% dieser Anteile zu.

Anreize werden insbesondere dafür gegeben, daß Forschungsinstitute und/oder Forscher selbst High-Tech-Unternehmen gründen. So können die beteiligten Forscher in vertraglicher Abmachung mit ihrem Institut das von ihnen erzielte High-Tech-Ergebnis ein Jahr später selbst umsetzen, wenn das Institut dies nicht tut. Auch werden in den Bestimmungen detaillierte Methoden der Belohnung von Forschern aufgeführt, die zur Umsetzung eines Forschungsergebnisses beitragen. So können die Forscher beurteilt werden (im allgemeinen für zwei Jahre), um High-Tech-Betriebe zu gründen oder in anderen solchen Betrieben zu arbeiten. Danach sollen sie bezüglich der Bewerbung auf Posten in ihrem Institut die gleichen Rechte und Chancen haben wie Leute, die kontinuierlich an dem betr. Institut gearbeitet haben. Während der Zeit der Beurlaubung laufen Ge-